



## Rede des Vorsitzenden des Kulturforums der Sozialdemokratie

Wolfgang Thierse, MdB

am 1. Juni 2008 im Arp-Museum Bahnhof Rolandseck

### Es gilt das gesprochene Wort!

Gestatten Sie mir einleitend zwei Vorbemerkungen:

Erstens, dass wir heute hier in diesem wunderbaren neuen Museum sind, könnte man geradezu für eine dialektische Volte der Geschichte halten. Wir erinnern uns noch, wie wir Anfang der 90er Jahre nicht weit von hier über den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin gestritten haben (so wie ich, nicht nur als Berliner und Ostdeutscher dafür war, waren wahrscheinlich viele von Ihnen dagegen)! Doch etwas, das einem heute sofort auffällt, war damals auf keiner Seite ein Argument: Mit dem Umzugsbeschluss begann die Kultur in der Region eine größere Rolle zu spielen, denken wir nur an die Bundeskunsthalle und das Haus der Geschichte in Bonn, wo nun auch eine neue Beethovenhalle entstehen wird; denken wir an das UNESCO-Weltkulturerbe Mittelrhein oder eben an dieses Hans-Arp-Museum an einem wahrlich länderübergreifendem Standort. Da sind wir uns sicher einig, das ist nicht schlecht und Ergebnis kluger Politik. Gelder für einen Museumsneubau zu verwenden, ist immer mutig, und war es in diesem Fall besonders (worauf ich nicht näher eingehen möchte, die Debatte um Werktreue, um das, was original oder Kopie ist, ist wirklich nicht einfach). Doch eine allgemeine Bemerkung sei mir erlaubt: Heute lohnt sich eine derartige strukturpolitische Investition mehr denn je: der eigenen regionalen Identität wegen und erst recht, weil der kulturelle Rheintourismus von Neuem unter globalisierten Vorzeichen bedeutender Wirtschaftsfaktor wurde – er war ja mal wie die Italienreise ein Muss der gebildeten Stände Europas, wir erinnern uns an die literarischen Rheinreisen von Hölderlin bis Hegel, an Rheinromantik und die

schillernden Mythen vom „Vater Rhein“. Von Düsseldorf über Köln bis Frankfurt/M. oder gar Stuttgart wird die einzigartige Kulturlandschaft der Rheinschiene über Römisches und Christliches, über Kulturdenkmäler, über Burgen, Ruinen und Kirchen hinaus eben auch durch führende Gegenwartsmuseen Deutschlands abgerundet.

Eine zweite Vorbemerkung. Sie wissen, wie die Parteien derzeit um die Ausgangsposition für das Wahljahr 2009 mit Bundespräsidentenwahl, Europawahl und Bundestagswahl ringen. Gestern fand in Nürnberg der Zukunftskongress der SPD unter dem Motto „Aufstieg und Gerechtigkeit“ statt, auf dem von Kurt Beck in einer großen Rede und anschließend in über 20 Foren sozialdemokratische Vorhaben – Stichworte u.a.: „gute Arbeit“ und „vorsorgender Sozialstaat und gleiche Lebenschancen“ - markiert wurden. Über die große Koalition hinaus ist es jetzt Zeit, die programmatische Arbeit der Zuspitzung fortzusetzen:

(1) Muss soziale Gerechtigkeit nicht gerade dann greifen, wenn jenseits von Verteilungszuwächsen dazu Interessenkonflikte, wie beim Mindestlohn oder bei gerechteren Steuern und Abgaben, ausgetragen werden müssen?

(2) Wie sind Einkommens- und Renditeerwartungen, auch von Managergehältern, die weit oberhalb des Produktivitätsfortschritts liegen, zu begrenzen?

(3) Wie verhindern wir den bloßen „Marktstaat“ (Erhard Eppler)? Wie sind die Handlungsfähigkeit des Staates und Spielräume der Politik für öffentliche Güter wie Bildung, Mobilität, Umwelt, Gesundheit und nicht zuletzt für Kultur aufrecht zu halten?

(4) Wie ist der Zusammenhalt der Gesellschaft zu verteidigen? - es geht um Integration, Bildung, Rente, Gesundheitssystem und vor allem um Vollbeschäftigung – wie wollen wir verhindern, dass immer mehr Menschen von den Segnungen des Wohlstands ausgeschlossen sind, zu dauerhaften Leistungsempfängern, zu Unterschichten oder gar zum „abgehängten Prekariat“ werden und keine Hoffnung mehr haben, dass sich daran etwas ändert?

(5) Bleiben unsere versprochenen Klima- und umweltpolitischen Ziele Proklamation oder schaffen wir es, diese auch gegen alle Widerstände durchzusetzen?

(6) Schließlich, wie erfolgreich können wir eine Außenpolitik als konsequente Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik in der Welt durchsetzen?

Derartige aktuelle Themen aus Nürnberg habe ich auch deshalb hier angesprochen, weil uns immer mehr bewusst wird, wie sehr auf allen Feldern des Politischen das Kulturelle eine wichtige Rolle spielt. Es geht auch (1) um kulturelle

Teilhabegerechtigkeit, (2) um Werte und kulturelle Verantwortung jenseits betriebswirtschaftlicher Logik, (3) um Kultur als Gesellschaftspolitik und staatliche Pflichtaufgabe, (4) um neue Dimensionen kultureller Identitäten sowie kultureller und religiöser Integration, (5) um eine Kulturgesellschaft, die nicht alles auf Konsum und Warenproduktion reduziert, (6) um eine Außenpolitik, deren kulturelle Dimension angesichts der Kulturalisierung vieler Konflikte nicht nachrangig sein darf.

Doch nun zum eigentlichen Thema, den Grundsätzen sozialdemokratischer Kulturpolitik:

Manchmal scheint es mir, dass wir dort nach intensiven Vorarbeiten der letzten Jahre, im Kulturforum, in der Kulturpolitik der Bundestagsfraktion und in der Bundestags-Enquete „Kultur in Deutschland“ bereits besser aufgestellt sind als in anderen Politikfeldern. Wir haben klare Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik programmatisch erarbeitet und – ich will es bewusst etwas pathetisch ausdrücken - wie selten zuvor in unserer fast 150jährigen Geschichte der Sozialdemokratie auf den Punkt gebracht.

Zunächst will ich auf das neuen Hamburger Grundsatzprogramm verweisen, auch damit es nicht so schnell wie das Vorgängerprogramm in Vergessenheit gerät: Dort ist nicht nur auf 38 Seiten 64mal von Kultur in unterschiedlichsten Verbindungen die Rede, kulturelle Fragestellungen und Themen ziehen sich fast wie ein roter Faden durch den gesamten Text. Es gibt etwa Aussagen zur kulturellen Dimension der Globalisierung und des europäischen Einigungsprozesses oder zur kulturellen Teilhabe als Teil eines auch vorsorgenden Sozialstaates. Zudem findet sich im Extrakapitel „Die Kultur der demokratischen Gesellschaft“ der Kern unseres heutigen sozialdemokratischen Kulturverständnisses mit den Schlüsselbegriffen „weiter Kulturbegriff“, „Kultur der Anerkennung“, „Kultur als öffentliches Gut“.

Weiter haben wir gleichzeitig auf dem Hamburger Parteitag den umfangreichen Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“ verabschiedet, der das sozialdemokratische Kulturverständnis für das 21. Jahrhundert ausführlich entfaltet (er ist in den Kulturnotizen 11 des Kulturforums nebst Debatte nachlesbar).

Schließlich beschrieb die - inhaltlich übrigens wesentlich sozialdemokratisch geprägte - Bundestags-Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in ihrer vierjährigen Arbeit

die kulturelle Situation in unserem Lande, analysierte Defizite und Probleme der Kulturlandschaft und zeigte Perspektiven für die kulturpolitische Handlungsfelder auf. Der Bericht liegt nun vor, es ging dort um fünf Hauptgebiete, um

- die öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur,
- die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler,
- die Kulturelle Bildung,
- die Kultur in Europa und
- schließlich um die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Wir sind jetzt in der Phase der Umsetzung der dort gemachten Vorschläge, übrigens nicht nur auf Bundesebene, sondern es geht darum, Schlussfolgerungen zu ziehen auf allen politischen Ebenen, gerade auch für die Landesebene und die kommunale Kulturpolitik. Ein weites Feld auch für Veranstaltungen der Kulturforen - vielerorts gab es hierzu bereits öffentliche Debatten.

### **Was sind nun inhaltliche Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik?**

Seit ein paar Jahren benutzen wir die Metapher vom „Lebensmittel Kultur“. Kultur ist eben Teil unseres Lebens. Um im Bild zu bleiben: Sie ist wichtig für eine Gesellschaft wie Vitamine für den menschlichen Körper. Das Kulturelle stärkt die Kreativität und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, mobilisiert Phantasie und unabhängiges Denken. Die Künste, die Künstlerinnen und Künstler brauchen Freiheit, aber auch Schutz und Förderung, gerade jenseits ökonomischer Zwänge.

Gerade eine Sozialdemokratie, die sich als wertorientierte linke Volkspartei versteht, die auf eine „starke Bürgergesellschaft“ setzt, die eine „Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft“ anvisiert (so das Hamburger Programm), darf Kultur nicht als nachrangiges Politikfeld behandeln. Auch deshalb ist es ein SPD-Erfolg, dass es seit 10 Jahren eine nennenswerte Bundeskulturpolitik gibt, die die Kulturpolitik als kommunaler Aufgabe und als Ländersache ergänzt, durchgesetzt gegen den Widerstand der Union. Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss haben im Kanzleramt von Gerhard Schröder dem kulturellen Aufbruch ein Gesicht gegeben. Die wesentlichen Strukturentscheidungen fielen in diese Zeit – von neuen Finanzmitteln von mehr als 1 Mrd. Euro jährlich bis hin zur Gründung der Kulturstiftung des Bundes. Die Union musste dies schließlich akzeptieren. Wir haben in der großen

Koalition dann mit dafür gesorgt, dass diese Kulturpolitik, die auf die Stärkung von Kunst, Kultur und Kreativität in der globalen Wissensgesellschaft ausgerichtet ist, die die Freiheit der Künste stärkt und der sozialen Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern hohen Stellenwert einräumt, eine Fortsetzung fand.

Doch dies bleibt auch eine Aufgabe für die eigene Partei: Die SPD muss sich immer wieder den eigentümlichen, unersetzlichen Leistungen der Kultur versichern; schließlich gehört es zum sozialdemokratischen Markenkern, soziale Gerechtigkeit umfassend zu begreifen und verwirklichen zu wollen: als gleiche Freiheit zur Teilhabe an Bildung, an Arbeit, an Demokratie und eben auch an Kultur (als Ausdruck gesellschaftlichen Reichtums).

Schließlich war die Arbeiterbewegung von Anfang an immer auch eine Kulturbewegung. Deshalb steht die Sozialdemokratie in der Tradition eines umfassenden Begriffs von Kultur, der über die eigentlichen Künste – über Malerei, Literatur, Musik, Theater, Tanz, Oper, bildende Kunst usw. - hinaus vieles einschließt: kulturelle Bildung, geschichtliches Erbe, die Formen unseres Zusammenlebens, auch Jugend- oder Popkultur. Die Kultur ist in besonderer Weise der Raum der Werte- und Zielverständigung der Gesellschaft wie der Ort der Reflektion und freien Kreativität des Einzelnen.

In einer geschichtlichen Phase tief greifender sozialer Umbrüche ist das individuelle und kollektive Bedürfnis nach Vergewisserung, nach Verständigung, nach Identität besonders groß. Die Kultur – und darin besonders die Künste – schaffen Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit, in denen die Menschen jenseits ihrer Markt-Rollen als Produzenten und Konsumenten agieren und sich wahrnehmen können. Hier wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und Fremde reflektiert, kommuniziert, gespielt, gehandelt.

Weil allen Menschen gleichermaßen kulturelle Bildung, kulturelles Erbe, Kunst der Gegenwart zugänglich sein sollen, bekennen wir uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. So sehr Privates, zivilgesellschaftliches Engagement zu begrüßen und zu fördern ist, hat doch der Kulturstaat eine besondere Verantwortung: für das Angebot kultureller Bildung, für die Pflege unseres Erbes und die Vielfalt der Kulturlandschaft, für die Erinnerungskultur, die sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und

europäischer Geschichte beziehen muss, für die Förderung und Freiheit der Künste, für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenz.

## 1. Der Dialog der Kulturen bedarf einer „Kultur der Anerkennung“

Dazu hatte das Kulturforum gestern in Nürnberg getagt und Christen, Muslime und Juden auch dort ins Gespräch gebracht. In innergesellschaftlichen wie in den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gefährdungen der Gegenwart spielen Fragen der Kultur heute eine überraschend wichtige Rolle – vom Kopftuchstreit, dem Karikaturenstreit, dem Streit um Moscheeneubauten bis zu den Ängsten vor einem Kampf der Religionen und der Kulturen. Exklusion erweist sich auch in Deutschland als ein gleichermaßen soziales wie kulturelles, mit Migrationshintergrund zusammenhängendes, Phänomen, spektakuläre Fälle des Scheiterns von Integration stoßen uns darauf.

Um des inneren und äußeren Friedens willen müssen Sozialdemokraten den Austausch, den Dialog der Kulturen befürworten als ein wichtiges Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung in unserem Land wie auch als eine wichtige Aufgabe friedlicher Globalisierung. Das zentrale kulturpolitische Projekt der Sozialdemokratie heißt deshalb: *Kultur der Anerkennung*, die der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegenwirkt wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten und der Verschärfung kultureller Differenzen zu ideologisierten Konflikten. Ohne das programmatische Ja zu kultureller Vielfalt, zu kulturellem Pluralismus ist das nicht zu haben. Dieses Ja zur Vielfalt schließt das Nein zu fundamentalistischen Verengungen, zu falschen Politisierungen von religiösen und kulturellen Differenzen ein. Zitieren wir den Nobelpreisträger Amartya Sen: „Die Wichtigkeit der kulturellen Freiheit bedeutet nicht, dass man jedwede Form des kulturellen Erbes feiert, ungeachtet dessen, ob die Betroffenen sich aus freien Stücken für die entsprechenden Praktiken entscheiden würden, wenn sie die Möglichkeit hätten, dies kritisch zu prüfen, und über andere Optionen und die tatsächlich vorhandenen Wahlmöglichkeiten hinreichend informiert wären.“ (*Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*, S. 124). Dieses Ja zur kulturellen Vielfalt heißt aber auch, worauf Sen ebenfalls hin weist, sich mit einer Globalisierung nicht abzufinden, die einseitig – Benjamin Barber sprach von „McWorld“ - auf

Verwestlichung reduziert wird und die westliche, etwa sogar nur militärische US-amerikanische, Vorherrschaft bedeutet.

Friedliche, dialogische Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln aus jüdisch-christlicher Tradition, Humanismus und Aufklärung versichern. Kulturpolitik, die nur über Wie-Fragen spricht, wird in die Defensive geraten, die Wozu-Fragen nach den orientierenden Inhalten und Werten müssen dazukommen. Nur ein gleichzeitig wertefundiertes wie tolerantes Kulturverständnis kann sich gegen einen eindimensionalen oder funktionalisierten Kulturbegriff behaupten, der Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung missbraucht. Bei aller Verschiedenheit ist der interkulturelle Dialog auf der Basis humanistischer Grundwerte die Voraussetzung für das Gelingen kultureller Integration.

## 2. Kultur und Entfaltung des Einzelnen

Was in den siebziger Jahren die Losungen sozialdemokratischer Kulturpolitik waren, nämlich „Kultur für alle“ und „Bürgerrecht Kultur“, kann man in heutiger Terminologie mit *„kultureller Teilhabegerechtigkeit“* übersetzen. Die Bilanz ist allerdings ernüchternd. Die Vorstellung, jeder entfalte sich in der Kulturgesellschaft, wenn nur das Angebot weiter ausgebaut werde, gehörte offenbar zu den großen illusionären Versprechungen der Vergangenheit. Der Einbezug aller in das kulturelle Leben ist heute so weit entfernt wie eh und je. Trotz der Ausweitung des öffentlichen Kulturangebots, trotz erhöhter Kaufkraft, trotz ausgedehnter Freiheit und trotz höherer formaler Bildung nahm die kulturelle Partizipation in den letzten Jahrzehnten kaum zu. Manche sprechen gar davon, Kultur sei ein „knappes Gut“ geworden. Die Wahlmöglichkeiten der potentiellen Kulturnutzer sind stärker gestiegen, die kulturnahen Milieus nehmen die Angebote öfter wahr, die Zahl der Besucher von Kulturveranstaltungen aber stagniert. Wer früher nicht ins Theater, in die Oper, in Ausstellungen ging, der tut das jetzt auch nicht. Das gestiegene Kulturinteresse beschränkt sich nach wie vor auf die fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, die kulturelle „Vielnutzer“ sind und auf weitere 40 bis 45 Prozent der Bevölkerung, die gelegentlich öffentliche Kultureinrichtungen in Anspruch nehmen. Die soziale Selektivität von Kultur hat sich seit 30 Jahren eben nicht verringert, eher hat sich mit 50 : 50 die kulturelle Spaltung zwischen Nutzung und Nichtnutzung kultureller Einrichtungen offenbar vertieft und verstetigt, ja geradezu versteinert. Die Rede von der Wissens-, Bildungs- und Kulturgesellschaft ist nicht

falsch, trifft aber eben nur höchstens eine Hälfte der Bevölkerung. Die anhand sozialer Kriterien bestimmbaren Spaltungen der Gesellschaft haben zutiefst eine kulturelle Dimension.

Diese kulturelle Exklusion verfestigt sich zu sozialer Exklusion. Der Gegenbegriff der Teilhabe verweist darauf, dass Sozialtransfers allein die Situation nicht verbessern werden, es vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur ankommt. Das haben Sozialdemokraten zu begreifen: Kulturelle Bildung, musische Erziehung werden zu einer notwendigen, nicht mehr zu vernachlässigenden Aufgabe von Gerechtigkeitspolitik, der es um Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit geht.

### 3. Kultur und Gesellschaftswerte

Auch auf dem Feld der Kulturpolitik spiegelt sich die grundsätzliche programmatische Auseinandersetzung über die Zukunft unseres Gemeinwesens wider. Den Verteidigern sozialstaatlich gewachsener Strukturen stehen diejenigen gegenüber, die Ungleichheit zum Programm erheben und eine Abkehr vom Sozialstaat hin zu einer „Kultur der Freiheit“ (so ja der Buchtitel des Verfassungsrichters Udo di Fabio) fordern, die die gewachsene Kulturförderung als nicht mehr zeitgemäß und als nicht mehr finanzierbar betrachten. Wir kennen das: Kultur als wirtschaftlicher Standortfaktor, als Imagekonzept, die Konzentration auf Event- und Leuchtturmförderung. Dabei gerieten in den letzten Jahren gegenüber den Rezepten eines abgemagerten Staates, den Rezepten von Deregulierung und Privatisierung diejenigen in die Defensive, die Kulturabbau beklagen und an überkommenen Strukturen festzuhalten versuchen. Das ist die Kampfsituation. Dieser – falschen – Alternative sollten wir ein anderes kulturpolitisches Leitbild entgegensetzen: Wir dürfen die öffentliche Verantwortung für Kunst und Kultur nicht aufgeben, diese nicht als bloße kommerzielle Dienstleistung zu organisieren versuchen. Es braucht diese öffentliche Förderung, diese Räume von Autonomie und Experiment. Die Unterstützung von Kunst und Kultur beginnt vor der Kulturpolitik im engeren Sinne. Sie wird zur politischen Querschnittsaufgabe, damit sich Kreativität entfalten kann, sie hat auch mit Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und (vor allem) Bildungspolitik zu tun.

Dies trifft übrigens besonders für die materielle Förderung und politische Flankierung zu, die die Wachstumsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft benötigt (dazu erstellt das Kulturforum übrigens gerade eine Studie). Die „creative industries“, so nannte sie der



Amerikaner Richard Florida, bestimmen ja derzeit die Fantasie vieler: Den Verlagen, der Musik- und Filmwirtschaft, auch der digitalen Medien, Software, Werbung und Design werden heute schon 218.000 steuerpflichtige Unternehmen mit 900.000 Beschäftigten, mehr als im Energiesektor, zugerechnet. Die Bruttowertschöpfung soll 58 Mrd. Euro (2004) betragen, damit befände sich dieser kreative Sektor in der Rangliste zwischen Chemie- und Automobilindustrie. Hinzu kommt, dass die positiven Auswirkungen dieser in Metropolen besonders augenfälligen kreativen Wissensgesellschaft – „Technologie, Talente, Toleranz“ sind die drei Ts Floridas – auf die Innovationsfähigkeit der Gesamtgesellschaft kaum unterschätzt werden können. Doch der sozialdemokratische Blick sollte diesen Modediskurs von der fröhlichen „digitalen Boheme“, vom grenzenlosen Wachstum, der an die „New Economy“-Illusionen Ende der 90er Jahre erinnert, nicht einfach nur verstärken: Die Zahl der Unternehmen in der Kulturwirtschaft stieg in den letzten Jahren doppelt so stark wie der Umsatz, d.h. das durchschnittliche Einkommen sinkt. Bei über 90% der Beschäftigten in Kultur- und Kreativwirtschaft handelt es sich wohl um erzwungenes Selbstunternehmertum, in dem man nur noch rund ein Drittel der Zeit kreativ tätig sein kann und ca. 2/3 der Zeit zur Akquise, für Geldbeschaffung, Eigenwerbung, Organisation oder gar Nebenjobs verbraucht. Die Autorin Tanja Dückers, die gerade ein Buch über die Kreativszene schreibt, spitzte jüngst gar zu, die kreative Klasse sei eigentlich die prekäre Klasse. Es geht auch um den schwierigen Berufseinstieg der Jüngeren, von der „Generation Praktikum“ war ja die Rede. Die Aufhebung der Trennung von Beruf und Privatheit in der neuen Arbeitswelt ohne feste Jobs führt offenbar mehr zu Selbstausbeutung als zur Selbstverwirklichung. Wir können junges Unternehmertum stärken, aber es geht genauso darum, jenseits des Normalarbeitsverhältnisses auf die unsteten Erwerbsverläufe von Kulturschaffenden und Kreativen zu reagieren, bis hin zur Frage, wie wir Sozialsysteme anpassen und verändern müssen. Bereits in der Studie des Kulturforums mit dem Titel „Kunst und Arbeit. Künstler zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit“ hatten wir vor ein paar Jahren die mittlerweile immer dringendere Frage aufgeworfen, wieweit der Künstler zum Leitbild und zur Vorhut einer neuen flexibilisierten und individualisierten Arbeitswelt wird, in der die eigene Kreativität für immer mehr (gerade jüngere) Menschen die einzige Chance zur Existenzsicherung darstellt.

#### 4. Kultur als öffentliches Gut

Indem wir Kultur als *öffentliches Gut* definieren, heben wir ihre Bedeutung für die soziale Gemeinschaft und die Demokratie hervor und betonen die Verantwortung der Politik für ihre Verfügbarkeit. Für eine humane Gesellschaft ist Kultur Zukunftsinvestition, nicht Subvention, öffentliche Güter müssen ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Dies schafft den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist und stützt das Kooperationsgefüge der Bürgerschaft. Der Reichtum kultureller, sozialer, demokratischer Güter macht die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden aus. Privatisierung und Kommerzialisierung zerstören dagegen tendenziell öffentliche Räume und damit urbane Qualität. Öffentliche Museen, Theater, Volkshochschulen und Stadtbibliotheken sind Güter, an denen die Bürger ein gemeinsames Interesse haben. Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist bisher immer noch bereit, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, um ihre Bildungs- und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau zu erhalten. Hinter solcherart kultureller Grundversorgung darf es kein weiteres kulturpolitisches Zurück geben.

Auch dieses Grundverständnis ist nicht mehr selbstverständlich. Angesichts seit Jahren schrumpfender Etats sind die öffentlichen Museen in Deutschland immer stärker auf die Hilfe privater Sammler angewiesen. Wo kaum noch Geld zum Ankauf da ist, werden die Sammlungen in Museen zunehmend mit den Werken von Kunstliebhabern erweitert. Ist das nur eine *Win-win*-Situation? Die Museen profitieren von hochkarätigen Leihgaben und der Wert des Eigentums des Sammlers auf dem Kunstmarkt erhöht sich. Nun ja, wir erinnern uns an die aufgeregten Debatten um die Flick Sammlung im Berliner Museum für Gegenwartskunst Hamburger Bahnhof. Nun hat Friedrich Christian Flick zwar 166 Werke aus seiner weltberühmten Sammlung dem Museum geschenkt, doch woanders stellen sich ähnliche Fragen: Im Neuen Museum in Nürnberg wurden kurzfristig für ein Spekulationsgeschäft wichtige Leihgaben der Sammlung Rolf Ricke abgezogen – und mischen sich die Sammler so nicht immer mehr in die Ausstellungspolitik der Museen ein? Der kulturwissenschaftlich und kunstgeschichtlich gebildete Museumsdirektor, der ein Verständnis vom öffentlichen Auftrag des Museums hat, besitzt natürlich einen anderen Blick als der Privatsammler. Kurzum: Es droht mancherorts aus einer wunderbaren Ergänzung, eine Beschädigung

des öffentlichen Guts Museum zu werden. Auch von daher gehört der Kampf um die Kulturetats, so banal es klingt, dazu. Die vielen wunderbaren Museumsgebäude füllen sich nicht von alleine.

In diesem Sinne ist die Alternative nicht Verstaatlichung oder Privatisierung, vielmehr geht es um die Neujustierung des Verhältnisses zwischen staatlicher bzw. kommunaler Politik, zivilgesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen. „Öffentliche Güter“ meint gemeinschaftliche, eben politische Verantwortung für ihre Zugänglichkeit. Öffentliche Verantwortung ist nicht nur Staatshandeln, politisches Handeln ist nicht per se mit dem Staat gleichzusetzen, das lässt sich gerade auf dem Feld der Kultur überzeugend demonstrieren! Die „Selbstorganisation des Politischen“ (Ulrich Beck) tritt hinzu, etwa durch die verstärkte Einbindung ehrenamtlich-bürgerschaftlichen Engagements in die kulturellen Aktivitäten oder durch die „Verantwortungspartnerschaft“ bei Trägerschaft und Finanzierung von Kultureinrichtungen (Public-Private-Partnership-Modelle, gemeinnützige GmbH's usw.). Nicht zuletzt geben die privaten Haushalte pro Person immerhin 343,60 Euro für Kultur aus (2003) – oder ist dies nicht eigentlich, verglichen mit den jährlichen Ausgaben fürs Automobil, ein erschreckend geringer Wert?

## 5. Ein Plädoyer für die Kultur: Zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages hat im Dezember 2007 nach vierjähriger Arbeit ihren Schlussbericht mit über 400 Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen vorgelegt. Die SPD sieht insbesondere bei der öffentlichen Kulturförderung, der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Künstler und im Bereich der kulturellen Bildung konkreten Handlungsbedarf.

Um welch „epochale“ Arbeit es sich handelt, sieht man daran, dass sich der Bundestag zum letzten Mal ähnlich grundlegend 1975 mit dem Künstlerbericht befasst hat, aus dem das sozialdemokratische Projekt der Künstlersozialversicherung hervorgegangen ist. Die aktuellen Enquete-Ergebnisse sind thematisch umfassender und analysieren schwerpunktmäßig (wie anfangs bereits erwähnt): die öffentliche und private Kulturförderung, die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler, die Kultur- und

Kreativwirtschaft, die kulturelle Bildung und Kultur in Europa. Beispielhaft dazu einige Aspekte:

- **Öffentliche Kulturförderung**

Die Not der öffentlichen Haushalte spiegelt sich auch in der Kulturförderung wider. So gingen die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Kultur von € 8,4 Mrd. in 2001 auf € 7,8 Mrd. in 2005 zurück. Dies zeigt sich z. B. bei den Angeboten von Jugendkunst- und Musikschulen oder an den öffentlichen Bibliotheken, die eingeschränkt oder aufgegeben werden. Gegenüber dieser nun wirklich zur Besorgnis Anlass gebenden Entwicklung sprechen wir uns deutlich für die Stärkung von kulturellen Belangen bei haushaltspolitischen Zielkonflikten aus. Auch deshalb setzen wir uns für die Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz ein: dies spielte bereits im Wahlkampf 2005 eine Rolle, die Enquete hat uns zusätzliche Argumente geliefert, wir bleiben da dran! Ferner wollen wir, dass der Bund bundesweit – und nicht nur in Ostdeutschland - so genannte „Leuchtturmprojekte“ unterstützen soll.

- **Wirtschaftliche und soziale Situation von Künstlern**

Wie schön, dass deutsche Kunst derzeit - wie DIE ZEIT jüngst formulierte – „der Welt liebstes Schau- und Sammelobjekt“ ist. „The Future is German“ hieß es vor ein paar Wochen im ART NEWSPAPER, wir stehen staunend vor einem „völligen Missverhältnis zwischen dem Wert und der Relevanz von Kunst und diesen wahnwitzigen Preisen“, wie es Gerhard Richter jüngst ausdrückte, dessen Kunst – um nur ein Beispiel zu nennen - von 2000 bis 2006 auf Auktionen rund 118 Millionen Dollar erbrachte. Dieser Boom darf uns Sozialdemokraten nicht den Blick verstellen davor, dass der Durchschnittsverdienst von Künstlerinnen und Künstlern bei – so die Enquete-Kommission - ca. 11.000 Euro brutto im Jahr liegt. Ohne die Künstlersozialversicherung (KSV) wäre die soziale Absicherung Selbständiger Künstler in Gefahr. Sie gilt es zu verteidigen und über die Reform des letzten Jahres hinaus zukunftsfest zu machen und zu stärken.

Darüber hinaus fordern wir Minikredite zur Existenzförderung und eine Reform des Urhebervertragsrechtes, um das Einkommen aus der Verwertung des geistigen Eigentums zu steigern und nachhaltig zu sichern.

Ferner nahmen wir uns der prekären Arbeitsbedingungen der vorübergehend abhängig beschäftigten Schauspieler, Produzenten, Beleuchter, Cutter und Techniker in der

Filmbranche an. Als 2006 die so genannte Rahmenfrist für den Bezug von ALG 1 von drei auf zwei Jahre verkürzt wurde, entstand ein neues Problem: In vielen Gesprächen von Kulturforum, Generalsekretär, SPD-Bundestagsfraktion, Enquete-Kommission mit Verdi oder dem neu gegründeten Bundesverband der Film- und Fernschauspieler (BFFS), der bereits über 900 Mitglieder vertritt, wurde sichtbar, dass besonders die Schauspieler zwischen den diktierten Bedingungen der Produktionsfirmen und dem Staat immer mehr in die Zange genommen werden. Die wenigsten der mehr oder weniger auf Gelegenheitsjobs angewiesenen Film- und Fernschauspieler konnten noch im Falle von Arbeitslosigkeit, wie sie zwischen zwei Produktionen regelmäßig vorkommt, von ihrer Versicherung Gebrauch machen. Während der neue deutsche Film international gefeiert wird und zu recht (auch gegen die US-amerikanische Kulturdominanz) großzügig gefördert wird, sind schlechte Arbeitsbedingungen und drohende Altersarmut bei rund 90% der Schauspieler, darunter auch viele, deren Gesichter man vom „Tatort“ oder deutschen Filmproduktionen kennt, die Realität. Die Enquete-Kommission schlug in Anlehnung an das so genannte „Schweizer Modell“ vor, die ermittelte Beitragszeit für die ersten 30 Kalendertage eines befristeten Arbeitsverhältnisses doppelt zu zählen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist jetzt bereit, zur alten Regelung, dass Anrecht auf ALG 1 hat, wer in drei Jahren mindestens 12 Monate in einem Versicherungsverhältnis stand, zurückzukehren. Wir sehen, das Gespräch zwischen Kultur und Politik kann sich auch konkret kulturpolitisch lohnen, es kann tatsächlich etwas bewegen. Doch wir sind noch nicht ganz am Ziel: Die Union will wohl nicht mitziehen - doch dann hätten wir auch an dieser Stelle ein Thema für den Kulturwahlkampf des nächsten Jahres.

- **Kulturelle Bildung:**

Sie ermöglicht wie kaum ein anderer Lernbereich von klein auf, die Persönlichkeit zu entwickeln. Deshalb empfehlen wir, kulturelle Bildung in die frühkindliche Erziehung einzubeziehen und an den Schulen zu stärken, indem sie z.B. als verpflichtendes Abiturfach eingeführt wird. Ferner bieten Öffentliche Bibliotheken als Orte der kulturellen Bildung bisher ungenutzte Potenziale. Erfahrungen aus anderen Staaten wie Schweden zeigen, dass verabredete Qualitätsstandards und die gesetzliche Absicherung der Arbeit durch ein Bibliotheksgesetz sehr positiv auf die Bibliotheklandschaft und die Kooperation mit den Bildungseinrichtungen wirken. Ganz wichtig ist die Empfehlung der Kommission, die Länder sollten hier Standards definieren und Bibliotheksgesetze erlassen.

Wichtig ist, dass der Bericht der Enquete-Kommission jetzt nicht einfach abgeheftet wird. Der Bericht, dessen Lektüre ich allen empfehle, soll zum kulturpolitischen Diskurs einladen und im Sinne eines kooperativen Föderalismus die Belange der Kultur auf nationaler und internationaler Ebene stärken. Doch trotz vieler kulturpolitischer Gemeinsamkeiten aller Bundestagsfraktionen, die der Bericht enthält, möchte ich zum Schluss noch einmal betonen, was unser spezifischer Ansatz ist:

Zum einen auch gegen alle Widerstände Lobby zu sein für die Künste und Kultur. Wie sehr dies weiterhin notwendig ist, darauf verweist bereits der quantitative Blick: Während der Bund seine Kulturausgaben seit 2001 von 1,04 auf 1,1 Mrd. Euro steigerte, ging es bei Ländern und Kommunen im gleichen Zeitraum bergab: bei den Ländern sanken die Kulturausgaben von 3,06 auf 3,04 Mrd. Euro und bei den Kommunen von 3,7 auf 3,6 Mrd. Euro. Nimmt man die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hinzu, ist das Ergebnis besonders ernüchternd: Die Kulturausgaben blieben hinter der Wirtschaftsentwicklung zurück, denn der Anteil der Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank von 2001 bis 2007 von 0,4% auf 0,34 %. Die Realität spricht eine andere Sprache als so manche kulturpolitische Fest- und Sonntagsrede!

Zum anderen scheint mir für jede sozialdemokratische Kulturpolitik zentral zu sein, mental zu widerstehen und nicht vollends in den *mainstream* kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Argumentierens und kulturfernen Denkens abzugleiten. Ökonomische Sekundärbegründungen mögen im Kampf gegen Kürzungen bei Entscheidungen zwischen Sozial- und Kulturausgaben ihren taktischen Platz haben, doch bei allen marktwirtschaftlichen Überlegungen bleibt die kulturpolitische Gesamtverantwortung. Wer, um es schön auszudrücken, die Künste nicht als „schönste Form der Freiheit“ (Michael Naumann) verteidigt, Kultur nicht emphatisch als Bildungsauftrag formuliert, nicht auch grundsätzlich die Bedeutung der Kultur unterstreicht, der hat schon verloren.